



Niederschrift

52. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 22.02.2017
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:17 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs Oberbürgermeister

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Herr Pete Heuer	SPD	
Herr Marcus Krause	SPD	
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	
Herr Peter Schultheiß	SPD	
Herr Kai Weber	SPD	
Herr Günter Anger	CDU/ANW	
Herr Matthias Finken	CDU/ANW	
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW	
Herr Peter Schüller	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis-FDP	
Herr Dennis Hohloch	AfD	ab 17:03 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Klaus-Peter Kaminski	DIE LINKE	
Frau Janny Armbruster	Bündnis 90/Die Grünen	ab 17:02 Uhr
Herr Jan Kuppert	DIE aNDERE	

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Eric Blume	DIE aNDERE	entschuldigt

Schriftführerin:

Frau Heike Ziegenbein Büro der Stvv

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
08.02.2017
- 3 Abgabe der Stellungnahme der Landeshauptstadt Potsdam zum Entwurf für ein
Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land
Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze vom 1. Dezember 2016
Vorlage: 17/SVV/0156
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Finanzen
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Richtlinie zur Förderung der Ortsteile über Sachaufwendungen gem. § 46 Abs. 4
BbgKVerf
Vorlage: 16/SVV/0512
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
 - 4.2 Sanierungsprogramm des Bundes für kommunale Einrichtungen
Vorlage: 16/SVV/0745
Fraktion CDU/ANW
 - 4.3 Abfahrt Zentrum Ost
Vorlage: 17/SVV/0010
Fraktion DIE LINKE
+ Äa Fraktion DIE aNDERE vom 25.01.17
 - 4.4 Mustergesellschaftsvertrag
Vorlage: 17/SVV/0037
Fraktion DIE LINKE
 - 4.5 Rechtsgutachten zur Kita-Finanzierungspflicht des Landes
Vorlage: 17/SVV/0039
Fraktion DIE LINKE
 - 4.6 Einführung einer zusätzlichen Stundenstufe bei der Personalbemessung in den
Potsdamer Kitas
Vorlage: 17/SVV/0042
Fraktion DIE LINKE
 - 4.7 Regelmäßiges Monitoring der Kreativwirtschaft
Vorlage: 17/SVV/0056
Fraktion CDU/ANW

- 4.8 Satzung über die öffentliche Wasserversorgung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0057
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 4.9 Satzung über die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen der Landeshauptstadt Potsdam (Abwasserbeseitigungs- und -abgabensatzung - AWS)
Vorlage: 17/SVV/0058
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 4.10 Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP
Vorlage: 17/SVV/0059
Fraktion CDU/ANW
- 4.11 Tourismuskonzeption 2025 für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0060
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 RWK Landeshauptstadt Potsdam, Statusbericht November 2016
Vorlage: 17/SVV/0028
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.02.2017

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung schlägt er vor,

- Punkt **4.2** - Sanierungsprogramm des Bundes für kommunale Einrichtungen, DS 16/SVV/0745, als erledigt zu betrachten, da mit dem Haushaltsbeschluss 2017 ein in der Sache geänderter Antrag Berücksichtigung finden werde und

folgende Punkte **zurückzustellen**:

- **4.6** - Einführung einer zusätzlichen Stundenstufe bei der Personalbemessung in den Potsdamer Kitas, DS 17/SVV/0042, da hierzu das Votum des Jugendhilfeausschusses fehlt,
- **4.7** - Regelmäßiges Monitoring der Kreativwirtschaft, DS 17/SVV/0056, da hierzu das Votum des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft fehlt,
- **4.10** - Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP, DS 17/SVV/0059, da hierzu die Voten des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration sowie des Jugendhilfeausschusses fehlen.

Erweitert werden solle die Tagesordnung um:

- die Verständigung zur Einwohnerfragestunde am 01.03.2017 und
- eine Information zum Beirat für Menschen mit Behinderungen.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Im Weiteren liegt ein Antrag auf Rederecht für Herrn Mario Kade zum Tagesordnungspunkt 4.11 – Tourismuskonzeption - vor, wogegen sich kein Widerspruch erhebt.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 51. Sitzung des Hauptausschusses vom 08.02.2017 wird mit 15 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 3 Abgabe der Stellungnahme der Landeshauptstadt Potsdam zum Entwurf für ein Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze vom 1. Dezember 2016

Vorlage: 17/SVV/0156

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Finanzen

Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass die Stadt vom Innenministerium gebeten worden sei, zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg Stellung zu nehmen. Auch wenn Potsdam davon nicht betroffen sei, stehe die weitere Finanzierung der Kommunen damit im unmittelbaren Zusammenhang. Mit dieser Beschlussvorlage werde sich die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 01.03.2017 abschließend befassen.

Herr Exner bringt die Vorlage anschließend ein und verweist auf die schriftlich ausgereichte Ergänzung der Stellungnahme auf der Seite 2, Absatz 1 und 2 sowie eine Ergänzung in der Fußnote mit dem Verweis auf den Bericht der Enquete-Kommission.

Herr Dr. Scharfenberg begrüßt die schriftlich ausgereichten Änderungen. Auch wenn er nicht verstehe, warum die Stellungnahme der Stadt mit „zentralen Kritikpunkten“ beginne sei es wichtig, dass von Potsdam das Signal ausgehe, sich nicht in die diesbezügliche allgemeine Kritik einzureihen.

Der Oberbürgermeister betont, dass es am grundsätzlichen Reformbedarf keinen Zweifel gebe, der aber mit einem umfänglichen Kostenvolumen verbunden sei, welches den Kommunen dann nicht mehr zur Verfügung stehe.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Abgabe der Stellungnahme der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) zum Entwurf für ein Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze vom 1. Dezember 2016 mit folgendem Wortlaut (siehe Anlage).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **12**
Ablehnung: **0**
Stimmenthaltung: **5**

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Richtlinie zur Förderung der Ortsteile über Sachaufwendungen gem. § 46 Abs. 4 BbgKVerf

Vorlage: 16/SVV/0512

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Jetschmanegg verweist darauf, dass nach der Rücküberweisung der Richtlinie in die Arbeitsgruppe, die Änderungswünsche des Ortsbeirates Eiche mit 6 von 9 Ortsvorstehern beraten und sich darauf geeinigt wurde, den ersten und den vierten Spiegelstrich der Ziffer 1 des Absatzes 5 wie folgt zu ändern:

nicht förderfähig sind insbesondere:

1. Spiegelstrich: ist zu ändern:

in: Veranstaltungen, die sich ausschließlich an die einzelnen eigenen Vereins- und Verbandsmitglieder richten.

4. Spiegelstrich: ist zu ändern:

in: „- Bewirtungskosten bei Veranstaltungen im Sinne des § 46 Abs. 4 BbgKVerf, die mehr als **30** % der bewilligten Mittel betragen oder einen Betrag von max. **11,00 €** pro teilgenommener Person übersteigen, ein ggfs. übersteigender beantragter Betrag wird gekürzt.“

Abstimmung:

Die o.g. Änderungen werden

einstimmig angenommen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Richtlinie zur Förderung der Ortsteile über Sachaufwendungen gem. § 46 Abs. 4 BbgKVerf, einschließlich der o.g. Änderungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen.**

zu 4.2 Sanierungsprogramm des Bundes für kommunale Einrichtungen
Vorlage: 16/SVV/0745
Fraktion CDU/ANW

zur Kenntnis genommen – siehe Tagesordnungspunkt 2

zu 4.3 Abfahrt Zentrum Ost
Vorlage: 17/SVV/0010
Fraktion DIE LINKE
+ Äa Fraktion DIE aNDERE vom 25.01.17

Der Oberbürgermeister verweist auf die Empfehlung der Ausschüsse für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sowie für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung, dem von der Fraktion DIE aNDERE vorgeschlagenem neuen Beschlusstext zu folgen.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass es zur Dezembersitzung der Stadtverordnetenversammlung die Mitteilungsvorlage mit der Empfehlung gegeben habe, die Abfahrt nicht wieder zu öffnen. Seit dem habe sich nichts mehr getan und wurde auf Nachfrage eine entsprechende Antragstellung empfohlen. Nun sei diese im Geschäftsgang und er werbe für diesen Weg und dafür, sich in einer Einwohnerversammlung der Diskussion zu stellen.

Herr Kirsch plädiert dafür, die Meinung der Bürger zu hören, obwohl es wegen der fehlenden Finanzen wohl schwierig werde, die Abfahrt wieder zu öffnen.

Herr Goetzmann, Fachbereichsleiter Stadtplanung und Stadterneuerung, betont, dass die genannte Antragstellung keine Empfehlung der Verwaltung, sondern eine Ankündigung seitens der Fraktion DIE LINKE gewesen sei. Vor einer weiteren Beteiligung sei zwingend die Frage zu beantworten, ob kurz- oder mittelfristig die notwendigen Mittel dafür zur Verfügung stehen.

In eine Einwohnerversammlung zu gehen, so Herr Schüler, obwohl die Entscheidung gegen eine Öffnung schon längst gefallen sei, ist seiner Meinung nach eine Täuschung.

Herr Kuppert verweist auf eine umfängliche Bürgerbeteiligung und darauf, dass sich mit vielen Maßnahmen für viele Einwohner die Situation deutlich verbessert habe. Er frage sich, was eine erneute Bürgerbeteiligung bringen solle.

Herr Kirsch schlägt vor, eine Einwohnerversammlung durchzuführen und den Antrag bis dahin zurückzustellen.

Dieser Verfahrensvorschlag wird zur Abstimmung gestellt und mit 9 Nein-Stimmen, bei 8 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Anschließend stellt der Oberbürgermeister den Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE mit dem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich für die Sperrung der Abfahrt Nutheschneelstraße/Humboldttring bei den zuständigen Stellen der Verkehrsplanung zu bedanken.

zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	8
Stimmenthaltung:	4

Anschließend wird der Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die notwendigen Voraussetzungen für eine Wiederherstellung der Abfahrt von der Nutheschneelstraße auf den Humboldtring zu schaffen.

Die Mittel für die Planung als Voraussetzung für einen entsprechenden Antrag an das MIL sind in den Haushalt 2017 einzustellen.

Die Bewohnerinnen und Bewohner von Zentrum Ost sind in geeigneter Weise in den Planungsprozess einzubeziehen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist halbjährlich über den Umsetzungsstand zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	10
Stimmhaltung:	4

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, diesen Antrag **abzulehnen**.

zu 4.4 Mustergesellschaftsvertrag

Vorlage: 17/SVV/0037

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein und betont, dass die Entscheidungsrechte der Aufsichtsräte nun bei den Gesellschafterversammlungen liegen. Wie dieser Prozess gestoppt und umgekehrt werden könne sei überlegenswert - vor allem weil Aufsichtsräte kollektive Organe seien, in denen auch Stadtverordnete vertreten sind. Mit dem vorliegenden Antrag solle eine diesbezügliche Diskussion geführt werden.

Er unterbreitet zum weiteren Verfahren den Vorschlag, den Prüfauftrag an den Oberbürgermeister, welche weiteren Kompetenzen von der Gesellschafterversammlung auf den Aufsichtsrat übertragen werden können, auszulösen. Das Ergebnis solle als Diskussionsgrundlage dienen, um zu entscheiden, welche Aufgaben, die gesellschaftsrechtlich zulässig sind, sinnvoller Weise auf die Aufsichtsräte übertragen werden können – das sollte nicht auf die Abberufung und Bestellung von Geschäftsführern begrenzt werden.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, als Termin für die Vorlage der Prüfergebnisse den September 2017 festzulegen.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

zu 4.5 Rechtsgutachten zur Kita-Finanzierungspflicht des Landes

Vorlage: 17/SVV/0039

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein. Herr Heuer verweist auf einen gleichlautenden Antrag der Kooperationsfraktionen der mit der Haushaltssatzung 2017 im Geschäftsgang sei, so dass einer Zustimmung hier nichts im Wege

stehe.

Herr Schubert, Beigeordneter für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung informiert, dass dieser Antrag auch im Jugendhilfeausschuss diskutiert wurde und betont, dass sich über die Kriterien der Ausschreibung noch verständigt werden müsse.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein externes Rechtsgutachten zu der Frage einzuholen, wie die Landeshauptstadt Potsdam beim Land Brandenburg die Anhebung des Finanzierungsvolumens für den Betrieb der Kindertagesstätten auf den Umfang der real bestehenden Rechtsansprüche auf Tagesbetreuung erreichen kann.

Der Stadtverordnetenversammlung ist dazu im März 2017 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen.**

zu 4.6 Einführung einer zusätzlichen Stundenstufe bei der Personalbemessung in den Potsdamer Kitas

Vorlage: 17/SVV/0042

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 4.7 Regelmäßiges Monitoring der Kreativwirtschaft

Vorlage: 17/SVV/0056

Fraktion CDU/ANW

zurückgestellt

zu 4.8 Satzung über die öffentliche Wasserversorgung der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0057

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung, so der Oberbürgermeister, habe der Beschlussvorlage mehrheitlich zugestimmt.

Auf die Nachfrage von Herrn Schüler, ob die Kosten so präzise kalkuliert seien, dass es nie eine Über- oder Unterdeckung gebe wie z.B. bei der Abfallentsorgung, antwortet Herr Goetzmann. Er betont, dass es bei der Wasserver- und Abwasserentsorgung keine veränderten Kostenstrukturen wie eben bei der Abfallentsorgung gebe und die Kalkulation Grundlage der getätigten Investitionen sei, die den Stadtverordneten regelmäßig in einer Mitteilungsvorlage zur Kenntnis gegeben werde. Natürlich gebe es auch Positionen, die sich ändern, wie z.B. die Kosten für Hausanschlüsse, die erheblich gestiegen seien. Darüber hinaus, so Herr Heuer, habe die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, die Preise stabil zu halten.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Satzung über die öffentliche Wasserversorgung der Landeshauptstadt Potsdam (**Wasserversorgungs- und -abgabensatzung – WVS**)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 15
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 3

zu 4.9 Satzung über die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen der Landeshauptstadt Potsdam (Abwasserbeseitigungs- und -abgabensatzung - AWS)

Vorlage: 17/SVV/0058

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung, so der Oberbürgermeister, habe der Beschlussvorlage mehrheitlich zugestimmt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Satzung über die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen der Landeshauptstadt Potsdam (**Abwasserbeseitigungs- und - abgabensatzung – AWS**)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 16
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

zu 4.10 Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP

Vorlage: 17/SVV/0059

Fraktion CDU/ANW

zurückgestellt

zu 4.11 Tourismuskonzeption 2025 für die Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0060

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Eingangs erhält Herr Kade das Rederecht. Er betont, dass er Sprecher der Arbeitsgruppe Gruppen- und Individualtourismus sei, aber auch für die anderen beiden Arbeitsgruppen spreche. Er zieht ein positives Resümee über den eineinhalbjährigen Prozess der Erarbeitung und bittet die Stadtverordneten um Zustimmung für dieses als Handlungsgrundlage dringend benötigte Tourismuskonzept.

Daran schließt der Oberbürgermeister an und bedankt sich bei allen Beteiligten, deren Sachverstand auch zukünftig gefragt sei.

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, führt im Weiteren aus, dass vorgeschlagen werde, die Stadtverordneten regelmäßig einzubinden, um die Entwicklung mitzubestimmen. Bezüglich der mit dem Tourismuskonzept umzusetzenden Beschlüsse (16/SVV/0552 und 16/SVV/0553) betont er, dass ein touristisches Angebot im Hauptbahnhof richtig und wichtig sei und eine Anlaufstelle dafür gerade geprüft werde. Bezüglich der Bildung eines Aufsichtsrates sei die Potsdam Marketing und Service GmbH für eine Übergangszeit noch eine Tochter der Pro Potsdam. Sollte es eine diesbezügliche Veränderung geben, werde die Stadtverordnetenversammlung informiert und über die Art der Umsetzung des Beschlusses beraten.

Anschließend bringt Herr Schüler namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen modifizierten Ergänzungsantrag ein, mit dem weitere Maßnahmen kurz-, mittel- oder langfristig umzusetzen seien. Dem Vorschlag des Oberbürgermeisters, diese im Rahmen der Umsetzung in den Jahren 2017/18 mit zu prüfen, stimmt er zu.

Im Weiteren weist Herr Kuppert auf eine notwendige redaktionelle Korrektur auf Seite 44 hin – der SV Babelsberg spiele nicht mehr in der 3. sondern in der 4. Liga.

Herr Dr. Scharfenberg beantragt eine Ergänzung des Beschlusstextes um einen Punkt 5 mit dem Wortlaut:

Wenn künftig die Potsdam Marketing und Service GmbH in eine eigenständige GmbH überführt wird, ist für diese ein Aufsichtsrat zu bilden.

Abstimmung:

Die Ergänzung um einen Punkt 5 mit dem o. g. Wortlaut wird mit

17 Ja-Stimmen, bei einer Nein-Stimme angenommen.

Abstimmung:

Die Prüfung von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgelegten Ergänzungen **im Rahmen der Umsetzung (Arbeitsplan Tourismuskonzept 2025, Marketingplan der Potsdam Marketing und Service GmbH (PMSG) in den Jahren 2017/18** wird

mit 16 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Die so geänderte Vorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Die Tourismuskonzeption 2025 für die Landeshauptstadt Potsdam (gemäß Anlage) bildet die Grundlage für die weitere touristische Arbeit in Potsdam bis 2025.
2. Das angestrebte hohe Niveau der Tourismusedwicklung und des Tourismusmarketing sowie die Umsetzung der damit verbundenen Maßnahmen ist nur in enger Zusammenarbeit der Landeshauptstadt Potsdam mit der Tourismuswirtschaft sowie durch ein stärkeres personelles und finanzielles Engagement der Tourismuswirtschaft und

der vom Tourismus profitierenden Wirtschaftsbereiche und Akteure zu erreichen.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür mit der Tourismuswirtschaft, insbesondere den touristischen Leistungsträgern, über Optionen eines stärkeren personellen und finanziellen Engagements zu verhandeln.
4. Zur Umsetzung der Tourismuskonzeption wird die Landeshauptstadt Potsdam gemeinsam mit der Potsdam Marketing und Service GmbH (PMSG) und einer Lenkungsgruppe mit Vertretern der Wirtschaft einen Arbeitsplan jeweils für die nächsten zwei Jahre erarbeiten.
5. **Wenn künftig die Potsdam Marketing und Service GmbH in eine eigenständige GmbH überführt wird, ist für diese ein Aufsichtsrat zu bilden.**

Folgende Ergänzungen sollen im Rahmen der Umsetzung (Arbeitsplan Tourismuskonzept 2025, Marketingplan der Potsdam Marketing und Service GmbH (PMSG) in den Jahren 2017/18 geprüft werden:

1. **Mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) sind die dezentralen Qualitäten der Schlösserlandschaft stärker in den Focus der Werbung zu stellen.**
2. **Die Landeshauptstadt Potsdam wird gemeinsam mit der SPSG und den Hochschulen sowie den außeruniversitären Forschungseinrichtungen weitere Maßnahmen planen, die zu einer deutlichen Belebung des Tagungs- und Kongresstourismus führen.**
3. **Die Oberbürgermeister wird aufgefordert, bis zum Ende des Jahres 2017 ein, mit den Touristikverbänden und -unternehmen abgestimmtes Konzept für eine strategische Hotelbettenplanung vorzulegen.**
4. **Es ist dafür zu sorgen, dass Potsdam mit einem attraktiveren, kreativeren Auftritt auf wichtigen Reisemessen wie ITB oder WTM vertreten ist.**
5. **Der Bereich Wirtschaftsförderung berichtet jährlich im Hauptausschuss zum Stand der Umsetzung der Maßnahmen, die im Handlungsfeld Kommunikation und Vertrieb aufgelistet sind - auch und insbesondere, welche Maßnahmen zur Vernetzung zwischen SPSG und Stadtmarketing umgesetzt wurden und welche Synergien entstanden sind. Ebenso ist über die Umsetzung der Maßnahmen des Handlungsfelds Marketing und Kultur zu berichten.**
6. **Die unter Q6 formulierte Maßnahme „Unternehmensverantwortung im Bereich Nachhaltigkeit“ wird hoch – statt als mittelfristig – eingestuft.**
7. **Zur Umsetzung der Maßnahme A5 (Steigerung der Erlebbarkeit in den „dunklen Jahreszeiten“ und bei Nacht durch Beleuchtung der**

Highlights) verweist die Stadtverordnetenversammlung auf den Beschluss vom 04.05.2016 (Lichtmasterplan - Vorlage: 16/SVV/0062), mit der der Oberbürgermeister beauftragt wurde, einen Arbeitskreis Lichtplanung einzurichten.

- 8. Die geplante Maßnahme A 15 (Entwicklung und Umsetzung klimafreundlicher und -neutraler Reiseangebote, Konzepte und Maßnahmen) wird mit der Priorität hoch eingestuft.**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 RWK Landeshauptstadt Potsdam, Statusbericht November 2016 Vorlage: 17/SVV/0028

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

neu Verständigung zur Einwohnerfragestunde

Die zur Einwohnerfragestunde eingereichten Fragen liegen allen Mitgliedern des Hauptausschusses vor. Gegen den von Herrn Kümmel, Leiter des Büros des Oberbürgermeisters, unterbreiteten Vorschlag zumindest zusammenfassend alle Fragen, außer die Frage 10 (Mülltonnen) und die Frage 4, zu beantworten, erhebt sich kein Widerspruch.

zu 6 Sonstiges

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, verweist auf die derzeitige Situation des Beirates für Menschen mit Behinderungen, der durch die Mandatsniederlegung mehrerer seiner Mitglieder nicht mehr geschäftsfähig sei. Nun soll die Zusammensetzung und das Verfahren der Auswahl der potentiellen Kandidaten auf den Prüfstand gestellt und im Herbst 2017 ein Vorschlag für ein Wahlprozedere unterbreitet werden.

Frau Dr. Schröter plädiert für eine Aufarbeitung der Probleme der letzten Jahre unter Einbeziehung der zurückgetretenen Mitglieder und Frau Armbruster für die Einbeziehung von Stadtverordneten.

Der Oberbürgermeister schlägt im Ergebnis vor, sich zum Verfahren zu verständigen, Stadtverordnete mit einzubeziehen und im Hauptausschuss darüber zu berichten.